

**Information nach Artikel 13 und 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)
für die Leistungsgewährung im Zuständigkeitsbereich des Sozialamtes**

Das Sozialamt der Stadtverwaltung Bad Kreuznach ist u.a. für die Gewährung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, der Hilfe zum Lebensunterhalt und der Asylbewerberleistungen zuständig. Es werden personenbezogene und besonders personenbezogene Daten verarbeitet, das bedeutet Daten werden erhoben, gespeichert, verwendet, übermittelt, zum Abruf bereitgestellt oder gelöscht. Nachstehend geben wir Ihnen weitere Informationen:

1	Verantwortlich für die Datenverarbeitung	Stadtverwaltung Bad Kreuznach -Sozialamt- Hochstraße 48, 55545 Bad Kreuznach Telefon 0671/800-0, E-Mail: sozialamt@bad-kreuznach.de
2	Kontaktdaten der Datenschutzbeauftragten	Stadtverwaltung Bad Kreuznach -Behördliche Datenschutzbeauftragte - Kornmarkt 5, 55543 Bad Kreuznach Telefon 0671/800-150 E-Mail: datenschutz@bad-kreuznach.de
3	Zwecke und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung	<u>Zweck:</u> Gewährung von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Hilfe zum Lebensunterhalt und Asylbewerberleistungen Die Datenverarbeitung erfolgt grundsätzlich nur in dem Verfahren, für dessen Zweck die Daten erhoben wurden. In gesetzlich vorgeschriebenen Fällen werden ihre Daten weiterverarbeitet. <u>Rechtsgrundlagen:</u> Ihre Daten werden auf Grundlage von Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a, c und Buchstabe e und Artikel 9 Absatz 2 DSGVO in Verbindung mit §§ 27 ff, 41 ff SGB XII, sowie AsylbLG verarbeitet.
4	Kategorien personenbezogener Daten, die verarbeitet werden	Wir erheben und verarbeiten folgende Informationen: Persönliche Identifikations- und Kontaktangaben (u.a.: Vorname, Nachname, Adressdaten, Geburtsdaten, Kontaktdaten) Bankverbindungsdaten Fachbezogene berufliche Hintergründe/ Herkunft Einkommens- und vermögensbezogene Daten, Gesundheitsdaten sofern für Hilfegewährung erforderlich, Fallspezifische besondere Angaben
5	Empfänger der Daten oder Kategorien von Empfängern	Ihre personenbezogenen Daten werden weitergegeben: innerhalb der Verwaltung, um Mitwirkungsverfahren anderer Ämter abzuwickeln, sowie zur Veranlassung von Auszahlungen; außerhalb der Verwaltung entsprechend §§ 67 ff SGB X, u.a.: gem. § 67e SGB X an Dritte zur Bekämpfung von Leistungsmisbrauch gem. § 67f zur Nachweiserbringung; gem. § 68 ff. zur Durchführung von gerichtlichen Verfahren und Strafverfahren (Übermittlung erfolgt an Polizeibehörden,

<p>Staatsanwaltschaften und Gerichte), für die Erfüllung sozialer Aufgaben sowie besonderer gesetzlicher Pflichten und Mitteilungsbefugnisse; Datenverarbeitung im Fachverfahren; Datenverarbeitung im Rahmen der gesetzlichen Statistik; Automatisierter Datenabgleich zur Vermeidung und Aufdeckung der rechtswidrigen Inanspruchnahme von Sozialleistungen; nach den Bedingungen des AZRG</p>		
6	Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland	Eine Übermittlung an ein Drittland gem. § 77 SGB X ist zulässig.
7	Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten	Ihre Daten werden für die Dauer von 10 Jahre lang nach Beendigung des Falls gespeichert.
8	Betroffenenrechte	
<p>Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der DSGVO insbesondere folgende Rechte:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Auskunftsrecht über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Artikel 15 DSGVO). - Recht auf Datenberichtigung, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Artikel 16 DSGVO). - Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Artikel 17 DSGVO zutrifft. Sofern eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist, tritt an ihre Stelle die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Artikel 18 DSGVO. - Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen der verantwortlichen Stelle gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Artikel 18 Absatz 1 lit. b, c und d DSGVO). - Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Artikel 21 DSGVO). 		
9	Beschwerderecht	
<p>Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden. Nachstehend ist die für die Stadtverwaltung Bad Kreuznach zuständige Datenaufsichtsbehörde genannt:</p> <p>Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz, Hintere Bleiche 34, 55116 Mainz, Telefon 06131 89200, E-Mail poststelle@datenschutz.rlp.de.</p>		
10	Widerrufsrecht bei Einwilligung	
<p>Wenn Sie in die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung bleibt bestehen.</p>		
11	Pflicht zur Bereitstellung der Daten	Die Bereitstellung der Daten ist zur Überprüfung einer möglichen Leistungsgewährung notwendig. Wenn Sie die erforderlichen Daten nicht angeben, kann eine Überprüfung der Leistungsgewährung nicht durchgeführt werden.